

Martin Wieser

Zur Regulation des Aussageverhaltens. Operative Psychologie, oppositioneller Widerstand und die widersprüchliche Modernisierung der DDR

Im Spätherbst des Jahres 1983 versammelte sich im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg eine Gruppe von Frauen, um sich für den Fall einer Vernehmung durch die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS/Stasi) vorzubereiten. Erzählungen und schriftliche Berichte aus der politischen Haft, in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) erschienen und zurück in den Osten geschmuggelt, füllten die vom Zigarettenrauch geschwängerten Räume. Vollmachten für die Unterbringung der Kinder wurden entworfen, Fragen der Strafprozessordnung diskutiert, Kontakte zu Rechtsanwälten ausgetauscht. Den Höhepunkt des Abends bildete ein Rollenspiel zur Frage: Wie verhalte ich mich während einer Vernehmung? Abwechselnd übernahmen die Frauen die Rollen des Vernehmers und der Beschuldigten, erprobten Strategien der Zermürbung, Einschüchterung und Verweigerung und reflektieren gemeinsam über die psychische Wirkung von Drohungen und Erpressungsversuchen, des Redens und des Schweigens während des Verhörs. Männer waren in der Runde nicht zugelassen, bis auf eine Ausnahme: Dankwart Kirchner, Theologe und Psychotherapeut, sollte die Frauen beraten und die psychologischen Mechanismen erläutern, die in der Vernehmungssituation wirksam werden.

Ebenfalls im Raum befand sich Traudel Kulikowski, ehemaliger DEFA-Filmstar, die zwei Jahre später nach ihrer Ausreise in die BRD von den Verhörtrainings mit ihrem simulierten „Psychoterror“ berichtete, der im Ernstfall noch „viel härter“¹ ausgefallen sei. In die Rolle des Vernehmers zu schlüpfen sei den Frauen am schwersten gefallen: Zuerst wollte keine von ihnen die Rolle übernehmen, zwischenzeitlich mussten die Darstellerinnen zur Erholung pausieren. Den Frauen fehlte einfach die „Routine der Zuchtmeister“², so Kulikowski. Bei ihren Bemühungen, die von den Vernommenen aufgebaute Mauer des Schweigens zu durchbrechen, hatten sie ihre Kräfte überstrapaziert. In der Nachbesprechung wurde deutlich, dass die totale Verweigerung der Aussage die Emotionen auf beiden Sei-

1 Traudel Kulikowski: Ich wollte dabei sein ... Ein Erfahrungsbericht über die Mitarbeit bei den „Frauen für den Frieden“ in der DDR. In: Kirche im Sozialismus 4 (1985), S. 152–159, hier S. 154.

2 Kulikowski: Ich wollte dabei sein, S. 154.

ten hatte hochkochen lassen: „Aggression baute sich auf, je mehr sie schwieg. [...] in der Spannung hielten sich beide Parteien und bedingten sie gegenseitig.“³ Klüger sei es, mit einer Wolke leerer Worthülsen den Raum zu füllen, „irgendein banales Zeug zu reden und auf der Hut zu sein“⁴, als mit einer totalen Aussageverweigerung eine Eskalation zu provozieren.

Auf die Probe folgte bald der Ernstfall: Nach einem Besuch der gebürtigen Neu-seeländerin Barbara Einhorn in Ostberlin, wo sie gemeinsam mit der Frauengruppe die Veröffentlichung eines Buchprojektes plante, wurde sie Anfang Dezember 1983 vor der Rückreise nach Westberlin am Grenzübergang angehalten und verhaftet.⁵ Wenige Tage darauf 1983 wurden vier Mitglieder der „Frauen für den Frieden“ wegen angeblicher „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ inhaftiert, Bärbel Bohley und Ulrike Poppe wurden zur Vernehmung in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen überstellt.⁶ Doch im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges hatten sich die politischen Kräfteverhältnisse verschoben, der Spielraum staatlicher Repressionsmaßnahmen war schmaler geworden. Solidaritätsbekundungen für die inhaftierten Frauen aus Ost und West, außenpolitischer Druck und die Angst vor wirtschaftlichen Sanktionen brachten das Politbüro zum Einlenken. Sechs Wochen nach ihrer Verhaftung wurden die Frauen auf dessen Anordnung wieder aus der Untersuchungshaft entlassen und die Ermittlungsverfahren eingestellt. Haft und Vernehmung vermochten die Gruppe nicht zu zerschlagen: Viele Mitglieder setzen ihren Aktivismus in weiterer Folge in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ und anderen Gruppen fort. Dreißig Jahre später erinnerte sich eine Mitgründerin der „Frauen für den Frieden“ daran, dass ihr das Verhörtraining „sehr geholfen“⁷ und sie dazu ermutigt habe, keine Namen aus ihrem Umfeld preiszugeben.

Innerhalb der Geschichte der DDR-Opposition bildeten die „Frauen für den Frieden“ nur eine von vielen unterschiedlichen Gruppen, die schon seit den 1970er Jahren in der freien Kunst- und Kulturszene Nischen gefunden hatten, um sich staatlichen Reglementierungen – wenn auch unter „Einhaltung der Spielregeln“⁸ –

3 Kulikowski: Ich wollte dabei sein, S. 155.

4 Kulikowski: Ich wollte dabei sein, S. 155.

5 Barbara Einhorn: Wollen Sie mich wirklich verhaften? In: Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Hg. von Almut Ilse und Ruth Leisirowitz. Bonn 2019, S. 136–148.

6 Ulrike Poppe: „Die Grundsteinlegung unserer Gruppe“. In: Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Hg. von Almut Ilse und Ruth Leisirowitz. Bonn 2019, S. 53–60.

7 Almut Ilse: „Das sollte wie ein Knall sein“. In: Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Hg. von Almut Ilse und Ruth Leisirowitz. Bonn 2019, S. 61–66, hier S. 64.

8 Jens Gieseke: Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), H. 11, S. 996–1021, hier S. 1019.

zumindest partiell zu entziehen.⁹ Im Jahrzehnt darauf beschleunigten sich die zivilgesellschaftlichen Diversifizierungsprozesse in der DDR, vor allem im urbanen Raum. Dort begann sich eine vielstimmige Gegenöffentlichkeit zu entwickeln, deren Protagonisten vermehrt ihren Willen zur Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen kundtaten. Grundsätzlich bildete das Phänomen der Dissidenz aber kein Novum der Ära Honecker (1971–1989): Seit ihrer Gründung war die SED ständig mit unterschiedlichsten Formen widerständigen Verhaltens in der Bevölkerung konfrontiert.¹⁰ Doch Anfang der 1980er Jahre hatte sich die heterogene Masse an Frauen-, Umwelt-, Friedens- und Kirchengruppen sowie Bürgerbewegungen nicht nur deutlich vergrößert, sondern auch überregional vernetzt. Viele dieser Gruppen fanden ihren Ausgangs- und Rückzugspunkt unter dem schützenden Dach der Kirche¹¹, andere, besonders die unterschiedlichen Jugendkulturen und „Szenen“¹², nahmen das Risiko auf sich, eigene Räume für ihre Aktivitäten zu suchen und zu verteidigen. Die an dem Prozess der sozialen Ausdifferenzierung der DDR-Gesellschaft beteiligten Gruppen waren von Anfang an äußerst disparat: Manche suchten primär nach Anerkennung oder zumindest Tolerierung ihrer Lebensstile, ihrer Religion, Kleidungs-, Kunst- und Musikvorlieben oder sexuellen Orientierung jenseits des von der Partei propagierten sozialistischen Wertekanons, ohne dessen Normen offen infrage zu stellen. Andere, allen voran die Bürgerrechtsbewegung, setzten sich dezidiert für einen reformierten, demokratischen Sozialismus ein.¹³

Zu der letztgenannten Gruppe gehörten auch die „Frauen für den Frieden“. Anlass für ihre Gründung war der Erlass des Wehrpflichtgesetzes in der DDR im März 1982,¹⁴ welches im Falle einer Mobilmachung die Einberufung von Frauen in die Nationale Volksarmee vorsah. Im Oktober 1983 organisierte die Ostberliner Frauengruppe ihren öffentlichen Protest gegen dieses Gesetz. In Schwarz gekleidet, gaben die Frauen am Postamt am Alexanderplatz per Einschreiben eine schriftliche Erklä-

9 Vgl. Roland Galenza und Heinz Havemeister (Hg.): *Wir wollen immer artig sein. Punk, New Wave und Independent-Szene in der DDR von 1980 bis 1990*. Berlin 2013.

10 Vgl. Hans-Joachim Veen: *Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*. München 2000.

11 Vgl. Markus Meckel und Martin Gutzeit (Hg.): *Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte*. Köln 1994.

12 Siehe Fußnote 9 sowie Manfred Stock und Philipp Mühlberg: *Die Szene von Innen. Skinheads, Gruffties, Heavy Metals, Punks*. Berlin 1990.

13 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz und Jan Wielgoß (Hg.): *Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen*. Berlin 1992.

14 Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik (Wehrdienstgesetz) vom 25. März 1982. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, Teil I Nr. 12, S. 221.

rung zur Verweigerung des Wehrdienstes auf.¹⁵ Mit Aktionen dieser Art sollte gezielt öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen werden, nicht nur, um die Anliegen der Gruppe diesseits und jenseits der Mauer sichtbar zu machen, sondern auch, um ihre Mitglieder vor dem Zugriff durch die Staatssicherheit zu schützen. Denn mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im August 1975 hatte sich die DDR offiziell verpflichtet, die Wahrung der Menschenrechte auf ihrem Territorium sicherzustellen. Gelangten Nachrichten über Repressionsmaßnahmen in den Westen, konnten empfindliche wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen drohen.

Die intensive Vorbereitung der „Frauen für den Frieden“ auf ihre Verhaftung geschah nicht ohne Grund: Das Kräftemessen zwischen der Staatsmacht und der aufbegehrenden Zivilgesellschaft wurde nicht nur auf der Straße, sondern auch hinter den Gefängnismauern ausgetragen. Während die Präsenz der Staatssicherheit für die Zivilbevölkerung sonst nur indirekt zu erschließen war – als Wartburg¹⁶ im Rückspiegel oder vor der Hauseinfahrt geparkt, als Knacken in der Telefonleitung oder in Gestalt von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), die man überall vermuten, aber deren Entlarvung nur äußerst selten gelang –, bildete die Vernehmung den einzigen Schauplatz, an dem sich Staatssicherheit und Bürgerin Auge in Auge gegenüber saßen. Im Zentrum dieser Konfrontation stand die im Jargon der Staatssicherheit als „Aussageverhalten“ bezeichnete Kommunikation zwischen Beschuldigten und Vernehmer. Aufseiten der Staatssicherheit wurde zur Steuerung dieses Aussageverhaltens ein umfangreicher Fundus an Dienstvorschriften, Praktiken, personellen, materiellen und ideellen Ressourcen aufgeboten. Zu diesen gehörten nicht nur eine rigorose Anstaltsordnung und eine karge Zelle mit kahlen Wänden, Milchglasfenstern, Holzpritsche und Türspion, einsilbigen Zellenwärtern und hartnäckigen Vernehmern, sondern ab Mitte der 1960er Jahre auch zunehmend psychologische Wissensbestände.

Genese, Funktion und Kontext dieses psychologischen Wissens zur Steuerung des Verhaltens während der Vernehmung stehen im Zentrum der folgenden Untersuchung. Das Problem der Steuerung des Aussageverhaltens wird dabei aus politischer, geheimpolizeilicher und psychologischer Perspektive beleuchtet: Als Konvergenzpunkt staatlicher Repression, oppositionellen Widerstands und Gegenstand der psychologischen Analyse bildete die Frage der Geständnisproduktion nicht nur eine Messlatte für das individuelle Geschick des Untersuchungsführers, sondern auch für die Macht des Staates und seiner Geheimpolizei. Als Leitbegriff zur Rekonstruktion der Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und Opposition

¹⁵ Vgl. Almut Ilse und Ruth Leisiowitz (Hg.): *Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin*. Bonn 2019.

¹⁶ Wartburg war eine in der DDR produzierte Pkw-Marke, welche unter anderem von der Volkspolizei und durch Mitarbeiter des MfS für Streifen- und Einsatzfahrten verwendet wurde.

im Kontext des Verhörs wird im Weiteren der Begriff einer „widersprüchlichen Modernisierung“ der DDR angelegt¹⁷ und auf der Grundlage von archivierten Dokumenten aus dem Ministerium für Staatssicherheit, der Juristischen Hochschule Potsdam (JHS) und von Erlebnisberichten ehemaliger Inhaftierter entfaltet.¹⁸ Sowohl in der Staatssicherheit und in der akademischen Psychologie als auch in der Zivilgesellschaft wurden, wie gezeigt werden soll, in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR Aspekte eines Modernisierungsprozesses sichtbar, dessen Widersprüchlichkeit schließlich eine Sprengkraft entfaltete, die zum Kollaps des gesamten Systems mit beitrugen.

Die Modernisierung der DDR und der Psychologie im Zeichen der Kybernetik

Anfang der 1960er Jahre sah sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) durch die mit dem Bau der Berliner Mauer vollendete Selbsteinsperrung des Staates neuen innenpolitischen und ökonomischen Herausforderungen ausgesetzt. Eine Reaktion auf diese neuen Rahmenbedingungen war Walter Ulbrichts „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“, welches die Erhöhung des materiellen Wohlstands der DDR-Bevölkerung auf Grundlage der „wissenschaftlich-technischen Revolution“¹⁹ ganz oben auf die Agenda zum weiteren Aufbau des Sozialismus stellen sollte. Anstelle des Anfang der 1950er Jahre avisierten Wiederaufbaus der Schwerindustrie wurde nunmehr die Ankurbelung der Produktion und des Handels von Konsumgütern zur obersten Priorität der SED-Wirtschaftspolitik. Auch das 1971 von Staatschef Erich Honecker verkündete Programm einer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ behielt diesen Modernisierungskurs bei, wenn auch mit einer noch stärker zentralisierten Plan-

17 Zur Debatte um die Modernität der DDR siehe Detlef Pollack: Wie modern war die DDR. In: Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts. Hg. von Hans Günter Hockerts. München 2004, S. 175–205.

18 Als Grundlage dieser Untersuchung dienen neben Wissenschafts- und DDR-geschichtlicher Literatur sowohl archivarisches Hinterlassenschaft des MfS, im Besonderen Schulungshefte und Abschlussarbeiten von Mitarbeitern der Juristischen Hochschule in Potsdam, als auch mündliche und schriftliche Haftberichte. Zur Problematik der historischen Aussagekraft des unterschiedlichen Quellenmaterials, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, vgl. Siegfried Suckut und Jürgen Weber: Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. München 2003.

19 Vgl. Walter Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus. In: Walter Ulbricht: Probleme der sozialistischen Leitungstätigkeit. Berlin 1967, S. 497–579.

wirtschaft. Während ein kolossaler bürokratischer Apparat die Warenproduktion und -distribution, den Handel und den Konsum lenkte, sollten Technologie und Wissenschaft die Produktionsrate beschleunigen und damit eine möglichst rasche Steigerung des Lebensstandards in der Bevölkerung herbeiführen, deren Loyalität sich die Parteiführung auf diesem Wege zu sichern erhoffte.²⁰

Im Kontext der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ spielte die universitäre Psychologie eine im Verhältnis zu den Natur-, Agrar- oder Ingenieurwissenschaften zwar kleine, aber trotzdem nicht ganz unbedeutende Rolle. Im Laufe der 1960er Jahre wurden die Studienpläne an den Universitäten auf die spätere Berufspraxis der Psychologiestudierenden im klinischen, pädagogischen oder industriellen Sektor hin ausgerichtet.²¹ Damit vollzog die Psychologie in der DDR eine ähnliche Entwicklungsrichtung wie in den USA und Westeuropa, wo sie bereits während des Zweiten Weltkriegs begonnen hatte, sich von einem Forschungsfach zu einer Profession mit vielen unterschiedlichen Berufszweigen zu entwickeln.²²

Für die Entwicklung der Psychologie in der DDR spielten im Kontext der 1960er Jahre die Kybernetik und Informationstheorie eine zentrale Rolle. Das kybernetische Vokabular der Steuerung und Rückkoppelung, des Speicherns, Filterns und Abrufens von Informationen ließ sich gut mit der Hoffnung auf den Einsatz psychologischen Steuerungswissens in der Produktion verbinden. Diese Bewegung zur Technisierung des Psychischen unter kybernetischem Vorzeichen war ebenfalls kein DDR-Spezifikum, sondern hatte in den USA schon während der 1950er Jahre im Rahmen des „cognitive turn“²³ eingesetzt. Trotz ihrer unzweifelhaft „imperialistischen“ Herkunft wurde die technizistische Terminologie der Kybernetik ab den 1960er Jahren auch in den sozialistischen Staaten aufgegriffen.²⁴ Auf dem 6. Parteitag der SED 1963 verkündete Ulbricht, dass die Kybernetik neben den „führenden

20 Vgl. Christoph Boyer und Peter Skyba (Hg.): *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*. Dresden 1999.

21 Vgl. Stefan Busse: *Psychologie in der DDR. Die Verteidigung der Wissenschaft und die Formung der Subjekte*. Weinheim 2004.

22 Die Wurzeln der angewandten Psychologie lassen sich im deutschsprachigen Raum bis zum Ersten Weltkrieg zurückverfolgen. Der Zweite Weltkrieg spielte in weiterer Folge für die Entwicklung des psychologischen Berufsbildes eine besonders wichtige Rolle. Vgl. Martin Wieser (Hg.): *Psychologie im Nationalsozialismus*. Frankfurt a. M. 2020.

23 Zur Geschichte des „cognitive turn“ in Psychologie und benachbarten Wissenschaften, in dessen Zuge kybernetische und informationstheoretische Modelle psychischer Prozesse erstmals Konjunktur erfuhren, siehe Jean-Pierre Dupuy: *On the Origins of Cognitive Science*. London 2009.

24 Vgl. Jérôme Segal: *Kybernetik in der DDR. Dialektische Beziehungen*. In: *Cybernetics | Kybernetik. The Macy-Conferences 1946–1953*. Hg. von Claus Pias. Zürich 2004, S. 227–251.

Zweigen der Naturwissenschaften [...] besonders zu fördern“ sei.²⁵ Die Hoffnung auf eine Regulierbarkeit des Faktors „Mensch“ im Produktionsprozess übte eine zu große Anziehungskraft auf die Parteileitung aus, um aus rein ideologischen Gründen ignoriert zu werden. Für die akademische Psychologie in der DDR bot der politische Auftrag zur Orientierung an der Kybernetik eine willkommene Gelegenheit, tradierte Vorbehalte gegen die „bürgerlichen“ Wurzeln des Faches und die noch in der Weimarer Republik akademisch sozialisierte Generation von Professoren abzubauen.²⁶ In Jena und Berlin setzte sich Friedhart Klix dezidiert für eine Neuausrichtung der Denkpsychologie hin zu experimentellen und statistischen Methoden auf kybernetischer Grundlage ein.²⁷ An der Technischen Hochschule Dresden wurden unter der langjährigen Leitung des Arbeitspsychologen Winfried Hacker Fragen der Handlungsregulation und der Fehler- und Unfallvermeidung am Arbeitsplatz in der Sektion Arbeitswissenschaft beforscht. Als Kernanliegen seines Feldes sah Hacker die „psychische Regulation der Arbeitstätigkeiten der Persönlichkeit im Zusammenhange ihrer Bedingungen und Auswirkungen“.²⁸ Vergleichbare Entwicklungen waren auch am Psychologischen Institut der Universität Jena zu verzeichnen, welches infolge der ab 1968 durchgeführten dritten Hochschulreform sogar drei Jahre lang mit den Wirtschaftswissenschaften zur Sektion „Ökonomische Kybernetik“ fusioniert wurde. Hier entwickelten Institutsmitglieder sozialpsychologische Verhaltenstrainings für betriebliches Leitungspersonal (unter anderem für Carl Zeiss Jena) mit Schwerpunkt auf Fragen der Verhandlung und Gruppenführung.²⁹

Mit der Umsetzung der dritten Hochschulreform gewannen auch in der Wissenschaftspolitik der DDR pragmatische Erwägungen die Oberhand gegenüber ideologischen Vorbehalten.³⁰ Fachvertreter, denen es gelang, die Nützlichkeit ihrer Wissenschaft für die Effizienzsteigerung der Produktion, die Erhöhung des Lebensstandards und die Erziehung „sozialistischer Persönlichkeiten“ glaubhaft zu ma-

25 Alois Riklin und Klaus Westen: Selbstzeugnisse des SED-Regimes. Köln 1963, S. 127.

26 Vgl. Wolfgang Schönplüg: Psychologie im Kontext der Kybernetik und im Kontext des Sozialismus. In: Psychologische Rundschau 66 (2015), H. 2, S. 91–113.

27 Vgl. Sven Eibisch und Mitchell Ash: Psychologie an der Humboldt-Universität. In: Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth. Berlin 2010, S. 287–207.

28 Winfried Hacker: Allgemeine Arbeits- und Ingenieurpsychologie. Psychische Struktur und Regulation von Arbeitstätigkeiten. Berlin 1973, hier S. 24.

29 Vgl. Kitty Dumont: Die Sozialpsychologie in der DDR. Eine wissenschaftshistorische Untersuchung. Frankfurt a. M. 1999 und Verena Lehmbruck: Paying attention to each other. An essay on the transnational intersections of industrial economy, subjectivity, and governance in East Germany's social-psychological training. In: Journal of the History of the Behavioral Sciences 59 (2022), H. 3, S. 283–300.

30 Vgl. Wolfgang Lamprecht: Neuparzellierung einer gesamten Hochschullandschaft. Die III. Hochschulreform in der DDR (1965–1971). In: die hochschule 16 (2007), H. 2, S. 171–189.

chen, hatten gute Gründe, sich Hoffnung auf eine wohlwollende Förderung im sozialistischen Wissenschaftssystem zu machen. Für die gesamte akademische Psychologie in der DDR war die Kybernetik auch deshalb so attraktiv, weil sie die Möglichkeit eröffnete, sich von den politisch stärker regulierten Gesellschaftswissenschaften abzugrenzen und den höher dotierten naturwissenschaftlichen Sektoren anzunähern.³¹ So konnte sich die akademische Psychologie in der DDR einen kleinen, aber relativ gesicherten Platz in der sozialistischen Wissenschaftslandschaft sichern.

Operative Psychologie als Element der Modernisierung des MfS

Psychologisch-kybernetisches Steuerungswissen sollte nach dem Willen der SED nicht nur in die Arbeits- und Betriebswissenschaften, ans Fließband und in die Führungsetagen der Volkseigenen Betriebe³² exportiert werden, sondern auch in den geheimpolizeilichen Apparat. Die zentrale Drehscheibe dieses Wissenstransfers war die als Juristische Hochschule Potsdam (JHS) betitelte Kadenschmiede des MfS. 1965 gegründet, sollte hier jenes Wissen entwickelt und vermittelt werden, welches die Studierenden für ihren Einsatz als Mitarbeiter im Geheimdienst qualifizierte. Zu diesem Zweck wurde an der JHS auch ein Lehrstuhl für Operative Psychologie eingerichtet. Bis zur Auflösung des MfS Anfang 1990 waren hier insgesamt 16 Mitarbeitende (darunter eine Mitarbeiterin) tätig.³³ Der Aufgabenbereich der Institutsangehörigen erstreckte sich von der Lehre, der Betreuung von Diplomarbeiten und Dissertationen über die Zusammenstellung von psychologischen Schulungsmaterialien für Fern- und Direktstudiengänge bis zur Beratung

31 Vgl. Busse: Psychologie in der DDR; Wolfgang Schönplugh und Gerd Lüer: Psychologie in der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaft zwischen Ideologie und Pragmatismus. Der XXII. Internationale Kongress für Psychologie 1980 in Leipzig, seine Vorgeschichte und Nachwirkungen. Wiesbaden 2011.

32 Als Volkseigene Betriebe (VEB) wurden die im Staatseigentum befindlichen Produktions- und Dienstleistungsbetriebe in der DDR bezeichnet, welche das organisatorische Fundament der sozialistischen Planwirtschaft bildeten.

33 Vgl. Holger Richter: Die Operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit. Frankfurt a. M. 2015 und Martin Wieser: Operative Psychologie. Zur Gründung und Entwicklung eines Lehrstuhls an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. In: psychosozial 45 (2022), H. 3, S. 23–36.

anderer Dienstseinheiten, beispielsweise bei der Erstellung von Richtlinien oder Fragen der Leitung und Schulung von Mitarbeitern oder IM.³⁴

Für das MfS stellte die Qualifizierung des Kaderpersonals eine dauerhafte Herausforderung dar: 1962 hatten nur 9,6 Prozent der hauptamtlichen Mitarbeiter das Abitur und nur 6,2 Prozent die zehnte Klasse abgeschlossen. Bis 1988 konnte die Abiturientenquote im MfS auf immerhin knapp 21 Prozent angehoben werden.³⁵ Die mangelnde Qualifikation der Mitarbeiter hatte eine Reihe von Problemen³⁶ (darunter eine chronische Personalfluktuations) erzeugt, denen mit der Gründung der Juristischen Hochschule Potsdam, zumindest auf der Ebene des Leitungspersonals, entgegengewirkt werden sollte. Vier Jahrzehnte Ministerium für Staatssicherheit brachten nicht nur eine kontinuierlich wachsende Anzahl von MfS-Angehörigen mit sich – im Oktober 1989 waren es über 91.000 –, sondern auch die zunehmende Binnendifferenzierung einer Institution, welche weit mehr Funktionen übernahm als ein herkömmlicher Nachrichtendienst: Neben der Auslandsaufklärung und der Spionageabwehr im Inland oblag dem MfS auch die Sicherung der militärischen und ökonomischen Infrastruktur, Teile der Grenzraumüberwachung sowie die Terrorabwehr, es führte ein bewaffnetes Wachregiment und repräsentierte schließlich – als „Schild und Schwert“ der SED – eine politische Polizei, die damit beauftragt war, „staatsfeindliche“ Aktivitäten jeder Art zu bekämpfen.³⁷

Das Kaderpersonal war also im Rahmen der Ausbildung an der JHS auf ein breites Spektrum an höchst unterschiedlichen Aufgaben vorzubereiten. Der Anteil psychologischer Inhalte an der Lehre der Juristischen Hochschule Potsdam war (im Vergleich zu anderen Fächern wie Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Staats- und Völkerrecht, Kriminalistik oder auch die Nutzung von EDV-Systemen) verhältnismäßig gering. Insgesamt belief sich das Lehrkontingent der Operativen Psychologie auf 131 Stunden, verteilt auf das zweite und dritte Semester des Hochschuldirektstudiums, also auf knapp 5 Prozent des Lehrplans.³⁸ Inhaltliche Schwerpunkte waren vor allem Grundlagen der Persönlichkeits-, Motivations- und Sozialpsychologie, aber

34 Vgl. Moritz Michels und Martin Wieser: From Hohenschönhausen to Guantanamo Bay. Psychology's role in the secret services of the GDR and the United States. In: *Journal of the History of the Behavioral Sciences* 54 (2018), S. 43–61.

35 Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. von BStU. Berlin 1996, S. 48.

36 Vgl. Jens Gieseke: Abweichendes Verhalten in der totalen Institution. Delinquenz und Disziplinierung der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter in der Ära Honecker. In: *Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR*. Hg. von Roger Engelmann und Clemens Vollnhals. Berlin 1999, S. 531–553.

37 Vgl. Jens Gieseke: *Die Stasi 1945–1990*. München 2011.

38 Vgl. Stefan Gerber: *Zur Ausbildung von Diplomjuristen an der Hochschule des MfS (Juristische Hochschule Potsdam)*. Berlin 2000.

auch deren Anwendung auf verschiedene Praxisfelder des MfS. Wie in der Forschungsliteratur häufig angemerkt, blieb die Vermittlung psychologischen Wissens oft oberflächlich.³⁹ In den Debatten um die Wissenschaftlichkeit der Operativen Psychologie wird jedoch meist ausgeblendet, dass der Auftrag der Psychologen an der JHS in der Höherqualifizierung von MfS-Mitarbeitern bestand, von denen die wenigsten jemals zuvor in Berührung mit der akademischen Psychologie gekommen waren.⁴⁰ Vor allem in den von MfS-Psychologen betreuten oder selbst angefertigten Forschungs- und Abschlussarbeiten zeigt sich eine klare Ausrichtung auf die Probleme der „operativen“ Praxis: Zum einen widmete sich eine Reihe dieser Arbeiten der Identifikation und Selektion, Leitung und Schulung von Kaderangehörigen, war also auf Fragen der Personalauswahl und -qualifizierung ausgerichtet. Zum anderen beschäftigte sich ein Großteil der Arbeiten mit Bereichen, in denen der zwischenmenschliche Kontakt mit „feindlich-negativen“ (d. h. als oppositionell eingestuft oder dem kapitalistischen „Klassenfeind“ zugehörigen) Kräften im Vordergrund stand: Dies war zum einen die „IM-Arbeit“, also die Kontaktierung und Anwerbung von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), die für die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit gewonnen werden sollten.⁴¹ IM wurden für viele verschiedene Aufgabenbereiche eingesetzt, unter anderem zur Bereitstellung „konspirativer Wohnungen“, zur „Abschöpfung“ von Informationen über Verdächtige, aber auch zur „Zersetzung“ oppositioneller Individuen und Gruppen.⁴² Diese sollten mithilfe der IM verunsichert, gespalten und handlungsunfähig gemacht werden, indem etwa Zwietracht gesät und Eifersucht zwischen ihnen geschürt wurde.⁴³ Das für die vorliegende Untersuchung zentrale Thema bildet der Komplex der Vernehmung als Mittel zur Produktion von Geständnissen während der Untersuchungshaft. Die Frage nach den psychologischen Bedingungen der Geständnisproduktion bildete

³⁹ Vgl. Mitchell Ash: Wissenschaftshistorische Stellungnahme zur „Operativen Psychologie“. In: Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi. Hg. von Klaus Behnke und Jürgen Fuchs. Hamburg 1995, S. 214–225.

⁴⁰ Vgl. Martin Wieser: IM-Arbeit und das Problem der „Verbrüderung“. Überlegungen zum Verhältnis von Norm und Praxis der Operativen Psychologie. In: Psychologie als Instrument der SED-Diktatur. Theorien – Praktiken – Akteure – Opfer. Hg. von Andreas Maercker und Jens Gieseke. Göttingen 2021, S. 127–143.

⁴¹ Zur Problematik der IM-Arbeit aus Sicht der Operativen Psychologie vgl. Martin Wieser: „Talk to each other—but how?“ Operative psychology and IM-work as „micro-totalitarian practice“. In: Mind Reading as a Cultural Practice. Hg. von Laurens Schlicht, Carla Seemann und Christian Kasung. Cham 2020, S. 223–246.

⁴² Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin 1996.

⁴³ Zur Verwendung des Begriffs der ‚Zersetzung‘ im MfS siehe die Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV), BStU, MfS, BdL-Dok. 3234.

seit Gründung der JHS einen Kernbereich der Operativen Psychologie, welcher in den nächsten Abschnitten näher untersucht wird. Zuvor soll jedoch die bereits erwähnte Thematik der Modernisierung im Kontext des MfS kurz wieder aufgegriffen werden.

Analog zur erwähnten Transformation der akademischen Psychologie in der DDR im Zeichen der Kybernetik wird auch der Beitrag der Operativen Psychologie im Folgenden als Versuch einer „Modernisierung“ der Strukturen und Abläufe des MfS betrachtet. Infolge des beständigen Zuwachses an Kompetenzen und Kapazitäten⁴⁴ war das MfS darauf angewiesen, sich „moderner“ Mittel (der fortlaufenden Ausdifferenzierung ihrer Aufgabenbereiche, der Höherqualifizierung der eingesetzten Personalkräfte, der Bürokratisierung, Automatisierung und Technisierung ihrer Arbeitsprozesse) zu bedienen. All diese Mittel wurden jedoch eingesetzt, um auf gesellschaftlicher Ebene einen „vormodernen“ Zustand zu konservieren, allem voran die Verhinderung der Entstehung pluralistischer Strukturen und Wertegemeinschaften, von Sub-, Gegen- und Jugendkulturen oder anderen außerstaatlichen Gruppierungen. Die Nutzung wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Fehleranalyse und Optimierung von internen Strukturen und Abläufe – ein wesentliches Kennzeichen „moderner“ Organisationen⁴⁵ – war also der eigentliche Grund für die Institutionalisierung der Operativen Psychologie: Vor allem in jenen Bereichen der geheimdienstlichen Arbeit, in denen zwischenmenschliche Faktoren die vorgesehenen Abläufe störten, sollte psychologisches Wissen zur Anwendung kommen.⁴⁶ Dass die Mitarbeiter des Lehrstuhls für Operative Psychologie ab den 1970er Jahren regelmäßig zum Psychologiestudium an staatliche Universitäten beordert wurden, spricht für eine Erwartungshaltung der Kaderleiter, von diesem Personal- und Wissenstransfer profitieren zu können. Für die Mitarbeiter des Lehrstuhls realisierte sich diese Erwartung in dem Auftrag, das im universitären Studium und im eigenen Dienst erworbene Wissen so aufzubereiten, dass es für die Hauptamtlichen Mitarbeiter an der JHS und außerhalb praktisch verwertbar war.

44 Statistische Angaben zum Wachstum der Ermittlungsverfahren des MfS ab den 1970er Jahren finden sich in Frank Joestel: Verdächtig und beschuldigt. Statistische Erhebungen zur MfS-Untersuchungstätigkeit 1971–1988. In: Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Rechtssicherheit in der DDR. Hg. von Roger Engelmann und Clemens Vollnhals. Berlin 1999, S. 303–327.

45 Vgl. Mitchell Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR. Ansätze zu einer Neubetrachtung. In: Wissenschaft und Politik. Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989). Hg. von Karin Weisemann, Peter Kröner und Richard Toellner. Münster 1997, S. 1–25.

46 Inwieweit dies gelungen ist, kann hier nicht weiter erörtert werden. Vgl. Wieser: IM-Arbeit und das Problem der Verbrüderung, sowie allgemeiner zum Verhältnis von Norm und Praxis im MfS Jens Gieseke: Abweichendes Verhalten.

MfS-Untersuchungshaft und die Bedeutung der Geständnisproduktion

Als geheimdienstliche Praxis bildete die Vernehmung nur ein singuläres Element innerhalb eines umfangreichen Arrangements an politischen, juristischen, materiellen und personellen Ressourcen des MfS zur „Bearbeitung“ von „feindlich-negativen Kräften“. Meist war dieses Ensemble der Überwachung und Kontrolle schon lange in Bewegung gesetzt worden, bevor es für die Verdächtigten bemerkbar wurde. Der für sie überraschenden Verhaftung ging häufig ein längerer Vorlauf der Überwachung und Beweismittelbeschaffung voraus, welcher schließlich in die „Zuführung“ des Beschuldigten mündete. Auf die unangekündigte Mitnahme – „zur Klärung eines Sachverhalts“, wie die Standardfloskel lautete – folgte meist eine längere Irrfahrt im geschlossenen Transporter, um den Festgenommenen die Orientierung zu rauben. Unvermittelt aus dem Alltag und ihrer gewohnten Umgebung gerissen, nach stundenlanger Fahrt an einen unbekannten Ort verbracht, schloss sich an ihre Einlieferung eine demütigende Prozedur der Entkleidung, ärztlichen Leibesvisitation und des Abfotografiertwerdens an, gefolgt von der Registrierung und Abgabe aller persönlichen Gegenstände sowie der Kleidung. Die Schockwirkung der Einlieferung diente als erste Vorbereitungsmaßnahme für die Erstvernehmung. Das „Gefühl der Hilflosigkeit, des Bloßgestelltseins, des Alleinstehens, des Benachteiligtseins, die Unkenntnis über die Bedingungen der Untersuchungshaft und die Bewältigung derselben“⁴⁷, wie in einer Diplomarbeit der JHS von 1968 nachzulesen ist, sollten gezielt genutzt werden, um dem Überrumpelten möglichst wenig Zeit zu lassen, sich auf die neue Lage einzustellen. „Zeit gewinnen / du lebst im Schock / du weißt nicht, was sie wollen / Kommunikation abbrechen / keinen Unsinn reden / zur Ruhe zwingen / beobachten / Zeit gewinnen /schweigen“⁴⁸ – so schilderte der Psychologe und Literat Jürgen Fuchs, der 1976 in Folge des Protests gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns verhaftet worden war, seine Gedanken während der ersten Haftstunden in Hohenschönhausen.

Über viele Stunden und bis zum nächsten Tag konnte sich die Erstvernehmung ziehen. Ab den 1960er Jahren häuften sich die Berichte ehemaliger Inhaftierter über ein Haftregime, welches das Gefühl der Ohnmacht, der Erschöpfung und des Ausgeliefertseins derart steigerte, dass dem Beschuldigten das Geständnis als einzige

47 Manfred Pierschel: Die Wirksamkeit der aus der Verhaftung/Festnahme resultierenden Einflüsse auf das Verhalten des Beschuldigten in der 1. Vernehmung und die daraus abzuleitende Vernehmungstaktik des Untersuchungsführers. BStU, MfS, JHS, MF 587, 1968, Bl. 16.

48 Jürgen Fuchs: Vernehmungsprotokolle. November '76 bis September '77. Hamburg 1978, S. 17.

Handlungsoption erscheinen sollte.⁴⁹ Auf die Erstvernehmung folgte die Überstellung in die Zelle – für viele Häftlinge blieb sie der einzige Ort, den sie für die nächsten Wochen oder Monate außerhalb des Vernehmungszimmers (und dem vergitterten Innenhof für Freigänge) zu Gesicht bekamen.⁵⁰ Während der Einzelhaft war jede Kommunikation außerhalb der Vernehmung untersagt, die Wärter hatten die Insassen nur mit ihrer Zellennummer anzusprechen. Depersonalisation, Reizdeprivation und soziale Isolation, zeitliche und räumliche Desorientierung und der Schlafentzug durch nächtliche Kontrollen und Vernehmungen kumulierten in einer massiven psychischen Drucksituation.⁵¹ Die rigorose Anstaltsordnung untersagte den Inhaftierten Sport und Bewegung in der Zelle, das Schreiben, den Gesang oder das Liegen auf der Pritsche während des Tages. Der triste Zellenalltag des Inhaftierten, der alleine mit seinen Gedanken, Sorgen und Ängsten war, wurde nur durch die unregelmäßigen Vernehmungen unterbrochen. Zahlreiche Haftberichte erzählen von der psychischen Belastung, die sich durch die endlose, lähmende Monotonie in der Zelle immer weiter zuspitzte.⁵² Doch auch wer nicht alleine einsaß, konnte nie ganz sicher sein, ob nicht im Nebenbett ein „Zelleninformer“ lag, der nur darauf wartete, zu erfahren, was man im Verhör noch verschwiegen hatte. Abgesehen von der Monotonie des Lebens in der Zelle waren die Form und der Ablauf der Untersuchungshaft des MfS einem beständigen Wandel unterworfen. Bis 1951 wurden die Haftanstalten von sowjetischem Wachpersonal geleitet. Physische Bestrafungsmethoden waren in dieser Zeit sehr häufig. Zwar gingen Übergriffe dieser Art danach deutlich zurück, ohne jedoch bis zum Ende der DDR vollständig zu verschwinden.⁵³ Neben dem Übergang von physischen zu psychischen Repressionsmethoden in der Haft wurden auch Veränderungen in den baulichen, hygienischen und organisatorischen Strukturen der Untersuchungshaftanstalten vorgenommen. Diese betrafen sowohl die Form der Unterbringung in den Verwahrräumen, die Behandlung durch das Wachpersonal, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit der

49 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Celle 1962.

50 Vgl. Katrin Passens: MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989. Berlin 2012.

51 Vgl. Hans-Eberhard Zahn: Haftbedingungen und Geständnisproduktionen in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. Berlin 2005.

52 Vgl. Hubertus Knabe (Hg.): Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten. Berlin 2007, sowie Hubertus Knabe (Hg.): Die vergessenen Opfer der Mauer. Inhaftierte DDR-Flüchtlinge berichten. Berlin 2009.

53 Vgl. Gerhard Sälter: „Den Ablauf der Vernehmung bestimmen nicht Sie.“ Zur instrumentellen Verwendung struktureller Gewalt und sprachlicher Übermächtigung bei Verhören des MfS in den 1950er Jahren. In: Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert. Hg. von Alf Lüdtke, Herbert Reinke und Michael Sturm. Wiesbaden 2011, S. 279–299.

Außenwelt oder zum Freigang als auch den Zugang zu Literatur, medizinischer Versorgung und viele weitere Begleitumstände.⁵⁴ Dieser Transformationsprozess in den Haftbedingungen war zum einen dem wachsenden Aufgabenspektrum der Staatssicherheit geschuldet, die eine zunehmende Vielfalt von Delikten und Straftätern zu bearbeiten hatte. Zum anderen war dieser Wandel den veränderten außenpolitischen Verhältnissen geschuldet. Zwei markante Eckpfeiler dieser politischen Bedingungen sind die in den 1960er Jahren einsetzenden Häftlingsfreikäufe durch die BRD⁵⁵ sowie die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki durch die DDR-Staatsführung im August 1975. Beide erforderten eine Anpassung der Praktiken des MfS.⁵⁶

Für den Verlauf der Untersuchungshaft und der Vernehmung spielte nicht nur der Zeitpunkt der Verhaftung, sondern auch die Herkunft, Biografie und andere soziale Marker der Inhaftierten eine entscheidende Rolle. Prominenz, Alter, Geschlecht, Ausbildung und familiäre Beziehungen konnten sowohl mögliche Ansatzpunkte für Druckmittel als auch Beschränkungen für den Vernehmer und das Wachpersonal darstellen. So berichteten beispielsweise die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe und der systemkritische Liedermacher Stephan Krawczyk von diversen Renitenzen, die sie sich aufgrund ihrer Prominenz während der Haftzeit leisten konnten.⁵⁷

Während sich die Haftbedingungen und Vernehmungsmethoden wandelten, blieb das oberste Ziel der Vernehmung die Geständnisproduktion, welcher nach Jens Gieseke ein nahezu „kultische[r] Stellenwert“⁵⁸ im MfS zukam. Deren Bedeutung leitete sich in erster Linie aus der Problematik ab, dass viele vom MfS gesammelten Beweismaterialien vor Gericht nicht verwendbar waren, weil sie entweder auf nicht rechtskonforme Weise beschafft wurden (etwa durch illegale Hausdurchsuchungen) oder das Risiko bestand, dass durch ihre Verwendung geheimdienstliche Quellen enttarnt wurden. Aus Sicht des MfS ließ sich die Problematik der mangelnden Prozesstauglichkeit der Beweismittel meist am einfachsten durch die Produktion eines Geständnisses und einer Unterschrift unter das Vernehmungspro-

54 Passens: MfS: Untersuchungshaft.

55 Jan Philipp Wölbern: *Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen*. Göttingen 2014.

56 Vgl. Douglas Selva und Walter Süß: *Staatssicherheit und KSZE-Prozess. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989)*. Göttingen 2019.

57 Julia Spohr: *In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen*. Berlin 2015, S. 318.

58 Jens Gieseke: *Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Kapitel deutscher Polizeigeschichte?* In: *Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland*. Hg. von Hans-Jürgen Lange. Wiesbaden 2000, S. 111–128, hier S. 119.

tokoll umgehen.⁵⁹ Hierfür waren jedoch Geschick und Geduld des Vernehmers gefragt: „Wir wussten fast alles“, berichtete ein ehemaliger MfS-Mitarbeiter, „und trotzdem war es nicht immer einfach, dem Beschuldigten die für das Gerichtsverfahren notwendigen Aussagen zu entlocken. Oft dauerte es Monate oder wenigstens Wochen, bis wir ein solides Geständnis hatten.“⁶⁰ Eine Verlegung der Methoden der Geständnisproduktion von der physischen auf die psychologische Ebene setzte eine entsprechende Qualifizierung der Untersuchungsführer voraus. Hier kam die Operative Psychologie ins Spiel: Mit dem Auftrag zur Modernisierung des Geheimdienstes und dessen operativer Praxis waren die Mitarbeiter des Lehrstuhls dazu angehalten, sich intensiv mit der Frage der sogenannten Regulation des Aussageverhaltens im Kontext des Verhörs auseinanderzusetzen.

Die Regulation der Aussage als operativ-psychologisches Problem

Aus vernehmungstaktischer Sicht stellten die durch die Haftbedingungen erzeugten Gefühle der Isolation und Ohnmacht zentrale Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen zur Erhöhung der Geständnisbereitschaft dar. Die bedrückenden Haftbedingungen sollten einen Maximalkontrast zum Vernehmungszimmer bilden, in dem Tapete, Stuhl, Tisch, Schreibmaschine, Aschenbecher und der Blick durch das Fenster auf den Himmel einen letzten Hoffnungsschimmer der Normalität durch einen schier endlosen Alptraum warfen.⁶¹ So gab es für den Vernehmer wenig Anlass, unfreundlich zu sein – solange der Beschuldigte kooperierte. „Der hat nie gebrüllt, hat nie gedroht, ich musste nie Angst haben, dass er gleich aufsteht und mir ein paar aufs Maul haut“, berichtete ein 1985 in Hohenschönhausen Inhaftierter, „hat mich sogar vor jedem Verhör gefragt ob ich was trinken will [...] seine Hauptwaffe war eine ganz simple Freundlichkeit.“⁶² Viele ehemalige Inhaftierte berichteten, dass sie sich auf ihre Vernehmung freuten und in der Zelle grübelten, wann sie das nächste Mal herausgeholt werden. „Für mich gehörte dieses Menschliche immer

59 Eine Sammlung von JHS-Arbeiten zum Problem der „Offizialisierung“ von Beweismitteln findet sich in Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit, S. 249 f.

60 Reinhardt Hahn: Ausgedient. Ein Stasi-Major erzählt. Halle 1990, S. 64.

61 Ermittlungsverfahren waren gemäß § 103 Strafprozessordnung der DDR von 1968 nach drei Monaten abzuschließen. Im Falle der „Schwierigkeit der Ermittlungen“ konnte die Staatsanwaltschaft jedoch die Haftdauer auf Ansuchen des Untersuchungsorgans verlängern, wovon auch regelmäßig Gebrauch gemacht wurde.

62 Interview von Charlotta Sippel mit Gilbert Furian vom 8. Okt. 2020.

dazu“, schilderte ein ehemaliger Mitarbeiter des Untersuchungsorgans. „Die Leute, die in den Zellen gesessen haben, die waren froh, wenn sie ins Vernehmerzimmer kamen, da gab’s mal Tageslicht, und auf der Seite, wo ich saß, war den ganzen Tag Sonne.“⁶³

Aus Sicht der MfS-Psychologen war die Geständnisproduktion eng an die Herstellung einer zwischenmenschlichen Bindung zwischen dem Vernehmer und dem Beschuldigten gebunden. Der Untersuchungsführer sollte nicht nur Informationen abschöpfen und ein unterschriebenes Geständnisprotokoll produzieren, sondern auch auf das Gegenüber einwirken, es *erziehen*. Die dafür erforderlichen „fundierte[n] Grundkenntnisse in der Psychologie“ seien jedoch, wie es in einer Diplomarbeit von 1967 heißt, bei den Genossen in den Kreisdienststellen oft nur rudimentär vorhanden. Diese stützten sich häufig auf individuelle Erfahrung und praxisbasierte Intuition, was von den MfS-Psychologen als nicht mehr ausreichend kritisiert wurde: Oft würden „nur bestimmte Erfahrungswerte [...] rein gefühlsmäßig in der Untersuchungsarbeit angewandt“.⁶⁴ So mancher ehemalige Widerstandskämpfer unter den Untersuchungsführern hatte die brachialen Methoden der Gestapo noch am eigenen Leib erlebt.⁶⁵ Doch der moderne, psychologisch geschulte Vernehmer ballt die Hand nicht mehr zur Faust, sondern streckt sie seinem Beschuldigten offen entgegen. „Ein Außenstehender wird das vielleicht nicht verstehen“, so erinnert sich ein Vernehmer, „aber oft waren die Beziehungen zwischen Vernehmer und Beschuldigten aufgeschlossen, locker, ungezwungen.“⁶⁶ Die auf dieser Beziehung aufbauende „Erziehungsarbeit“ des Vernehmers beinhaltete auch die Aufgabe, permanent nach „Ansätze[n] für eine echte Umerziehung des Beschuldigten und für dessen Rückgewinnung“⁶⁷ zu suchen, wie in einem Schulungsheft der JHS von 1988 zu lesen ist. Die Vernehmung ziele nie alleine auf die Aufklärung einer Straftat ab, sondern immer auch auf die Erkundung der zugrunde liegenden Persönlichkeitsmerkmale, der Motive und Absichten, Bedürfnisse, Einstellungen und Ziele des Verhörten, um die „feindliche Grundeinstellung des Beschuldigten als Komponente der Aussageregulation“ schließlich zu „neutralisieren“.⁶⁸ Die

⁶³ Gilbert Furian: Der Richter und sein Lenker. Politische Justiz in der DDR. Berlin 1992, S. 139.

⁶⁴ Siegfried Fleischhack: Einige psychologische Probleme der Tätigkeit des Untersuchungsführers und der Stand ihrer Verwirklichung in der Abteilung IX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl. BStU, MfS, JHS, MF, 514 (1967), S. 24.

⁶⁵ Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter.

⁶⁶ Gisela Karau: Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“. Frankfurt a. M. 1992, S. 68.

⁶⁷ Juristische Hochschule Potsdam: Die psychische Orientierung und Regulation des Aussageverhaltens Beschuldigter oder Verdächtiger und die sich daraus ergebenden vernehmungstaktischen Einwirkungsmöglichkeiten. BStU, MfS, JHS, 24136, 20/88 (1988), S. 110 f.

⁶⁸ Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 137.

Kalibrierung der Vernehmungstaktik setze eine möglichst umfassende Kenntnis der Persönlichkeit des Gegenübers voraus. Auch wenn es keine psychologischen „Erfolgsrezepte“ oder „Wundermittel“ gebe, die jedem Beschuldigten ein Geständnis zu entlocken vermögen, sei der Nutzen von „besser kategorisierbaren praktischen Erfahrungen“ auf der Grundlage der „Gesetzmäßigkeiten der Aussageregulation“⁶⁹ unbestreitbar. Auch erfahrenen Vernehmern könne psychologisches Wissen neue und effektivere, bis dato noch nicht in Betracht gezogene Möglichkeiten der Einflussnahme eröffnen. Das Modernisierungsangebot der Operativen Psychologie offenbart sich damit als Projekt einer Auffächerung und Systematisierung von Handlungsoptionen für eine möglichst individualisierte Vernehmungstaktik.

Auf kybernetischer Grundlage unterscheiden die MfS-Psychologen zwei Grundbausteine des Aussageverhaltens: zum einen die „Eigenschaften der Persönlichkeit“, zum anderen die „Teilfunktionen der psychischen Orientierung“. Auf diesen beiden Grundbausteinen wird ein umfangreiches Tableau der Verhaltensdeterminanten errichtet, die zur Regulation des Aussageverhaltens in Betracht zu ziehen waren: Kenntnisse, Fertigkeiten, Einstellungen, Charaktereigenschaften, Fähigkeiten, Gewohnheiten und Temperamenteigenschaften auf der Seite der Persönlichkeit; Erkennen, Erleben, Streben, Bewerten, Entscheiden, Entwerfen, Kontrollieren und Behalten auf der Seite der psychischen Funktionen. Jedes Element galt es gesondert zu betrachten und mit den anderen in Relation zu setzen, um ein Gesamtbild der Persönlichkeit zu gewinnen und Anknüpfungspunkte für die beste Vernehmungstaktik zu identifizieren. Diese habe nicht nur die momentane Lage, sondern auch die handlungsleitenden „Fernziele“ des Verhörten (beispielsweise die Entlassung in den Westen) zu berücksichtigen. Um bei Personen mit stabil „negativem Aussageverhalten“ eine Verhaltensänderung herbeizuführen, müssten zuerst die dem Verhalten zugrundeliegenden Einstellungen aufgeklärt werden. Da der Prozess der Einstellungsbildung „niemals als abgeschlossen“ zu verstehen sei, könne selbst bei Beschuldigten, welche ein äußerst „feindseliges“ Bild vom MfS hätten und dieses etwa als „Willkürorgan“ oder gar als „Folterknechte“⁷⁰ betrachteten, noch eine Destabilisierung des Einstellungssystems herbeigeführt und so die „Aussagehemmung“ gegenüber dem Untersuchungsführer abgebaut werden. Als mögliche Ansatzpunkte für eine derartige Destabilisierung werden beispielsweise Eitelkeit, Rachegefühle oder Eifersucht gegenüber Dritten, aber auch die Sorge um Familienangehörige und Freunde angeführt. „Gefühlseigenschaften“ wie die eben genannten Punkte verdienten grundsätzlich eine „besondere Beachtung“,

⁶⁹ Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 8.

⁷⁰ Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 37 f.

da sie „in bedeutendem Maße an der psychischen Orientierung der Aussagehandlung“⁷¹ beteiligt seien. Auch „Gewohnheiten“ könnten sich als Angriffsflächen eignen: Redselige Personen sollten in ihren „detaillierten“ und „weitschweifigen“ Erzählungen nur durch gelegentliche Nachfragen unterbrochen werden, auch wenn die Ausführungen vorderhand irrelevant erschienen. Der geübte Vernehmer warte geduldig den richtigen Moment ab, um dann gezielt und energisch nachzuhaken, wenn versehentlich doch zu viel gesagt wurde. Das Abtasten der Persönlichkeitseigenschaften, der Einstellungen und Überzeugungen diene aber auch dem Zweck, Anknüpfungspunkte zwischen Verhörer und Verhörtem auszumachen: „Sie sind doch Kommunist“, hört Fuchs am elften Tag seiner Vernehmung, „wir müßten doch eigentlich eine gemeinsame Sprache finden.“⁷²

Eine herausragende Rolle während der Verhörsituation schrieben die MfS-Psychologen der mentalen Funktion des „Entwerfens“ zu, also der Fähigkeit zur „gedankliche[n] Programmierung der Aussagehandlung“ beim Beschuldigten, welche sich während des Vernehmungsprozesses laufend aktualisiere. Gemeint ist damit ein regelkreisförmiges Anpassen des „Aussageprogramms“, welches nach dem „Prinzip der Rückmeldung“ laufend „Präziserungs-, Veränderungs- und Korrekturerfordernisse“ registriere, um das Fernziel nicht aus dem Auge zu verlieren. Dieses Programm gleiche „einem stets zuverlässigen Kompaß“⁷³, der auf eine „exakt vorprogrammierte fernzielgesteuerte Kernhandlung“ ausgerichtet sei. Eine „positive“ Veränderung im Aussageverhalten, die über eine bloße situative Anpassung an die Vernehmungstaktik hinausgehe, sei nur über eine Kenntnis und Umprogrammierung der Fernziele des Verhörten zu erreichen. Hier offenbare sich das wahre „Schöpferium des Untersuchungsführers“, denn in jedem Ermittlungsvorgang müsse das „auf den jeweiligen Vernommenen zugeschnittene optimale Vorgehen gefunden werden“.⁷⁴ Erst wenn die verdeckte Zielvorstellung identifiziert sei, könne der richtige Hebel zur Aussageregulation angesetzt werden. Hier müsse der Vernehmer „manchmal auch Geduld aufbringen“⁷⁵, denn der „Zielumorientierung“ gehe oft ein konfliktgeladener Prozess voraus. Alte und neue Zielvorstellungen träten in Konkurrenz zueinander, „der Vernommene ringt um Klarheit darüber, ob er weiter das ursprüngliche Handlungsziel verfolgen oder ob er sich für das neue Ziel entscheiden soll“.⁷⁶

71 Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 50.

72 Fuchs: Vernehmungsprotokolle, S. 48.

73 Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 105.

74 Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 135.

75 Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 140.

76 Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 135.

Fraglos bleibt die Analyse des Aussageverhaltens durch die MfS-Psychologen vielerorts lückenhaft und vage. Der regelmäßige Verweis auf einen „komplexe[n] und vieldimensionale[n] Prozess“⁷⁷, kombiniert mit einer Aneinanderreihung psychischer Funktionen, die „situationsbezogen“ wirksam und „individuell“ ausgeprägt seien, mag wissenschaftlich wenig befriedigen. Was den Texten der Operativen Psychologie an analytischer Schärfe fehlt, machen sie aber durch die Breite und den Umfang der Darstellung wett, wobei Schilderungen zahlreicher erfolgreicher oder missglückter Praxisbeispiele aus der „operativen“ Arbeit konkretes Anschauungsmaterial liefern.

Vor allem auf der Ebene des Praxisbezugs trat die Funktion der Operativen Psychologie als ein Element zur Modernisierung der geheimdienstlichen Abläufe deutlich hervor. Doch wie viele andere Organe des MfS hielt auch sie längst nicht alles, was sie versprach. Neben der Steigerung des Umfangs und der Komplexität ihres Auftrags sahen sich die Mitarbeiter des MfS ab Ende der 1970er Jahre noch einer zusätzlichen Herausforderung gegenüber: Immer häufiger registrierten die Untersuchungsorgane, dass sich der Überraschungseffekt von Haft und Vernehmung spürbar verringert hatte, weil viele Beschuldigten auf ihre Verhaftung und Vernehmung vorbereitet waren.

Die Deregulation der Aussage oder die Psychologie des Widerstands

Haftberichte aus der DDR waren schon lange, bevor sie in der Ostberliner Opposition zirkulierten, in der BRD an die Öffentlichkeit gedrungen.⁷⁸ Von dort gelangten sie zurück in den Osten, wo sie nicht nur von einem erschreckenden Ausmaß an staatlicher Gewalt und Willkür kündeten, sondern mancherorts auch zur Vorbereitung für eine mögliche Konfrontation mit der Staatsgewalt herangezogen worden. 1972 berichtete Robert Havemann, der sechs Jahre zuvor aus der SED ausgeschlos-

⁷⁷ Juristische Hochschule: Aussageverhalten, S. 12.

⁷⁸ Berichte über die Haftbedingungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und der DDR reichen bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Eine frühe Sammlung von Haftberichten findet sich z. B. in: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Der Staatssicherheitsdienst. Auch Berichte des in den Westen geflüchteten ehemaligen SED-Funktionärs Heinz Brandt, welcher vom MfS in die DDR entführt wurde, und des Schriftstellers Erich Loest zirkulierten unter den Oppositionellen. Vgl. dazu Ulrich Huemer: „Ehrlich sitzt am Längsten“. Der Umgang der DDR-Opposition mit der MfS-Untersuchungshaft in den achtziger Jahren. In: „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Hg. von Leonore Ansorg et al. Köln 2009, S. 303–325.

sen worden war, von seiner Konfrontation mit der Staatssicherheit. Berufsverbot und Hausarrest machten den vormals hoch dekorierten Professor für Physikalische Chemie an der Humboldt-Universität zum zeitweise prominentesten Systemkritiker innerhalb der DDR, der sich in Interviews mit westlichen Tageszeitungen für einen „undogmatischen“, reformierten Kommunismus aussprach. Havemanns Schilderungen zeichnen sich durch eine äußerst widerständige Reaktion auf die Verhörsituation aus. Seine Vernehmer nummeriert Havemann nach dem Zeitpunkt ihres Auftretens durch und dreht so den Spieß der Depersonalisation um: „Es sind Menschen, aber Menschen ohne Namen.“⁷⁹ Im Verhör verweigert er jede konkrete Auskunft, ergießt sich stattdessen in weitschweifigen philosophischen Exkursionen über das Verhältnis von Marxismus, Politik und Wissenschaft, die immer wieder durch Reminiszenzen an seine Gestapo-Haft unterbrochen werden: In der Prinz-Albrecht-Straße war er noch verprügelt worden, hier bietet man ihm Zigaretten und Kaffee an. Havemanns Ratschlag an den Leser bleibt jedoch der gleiche: „Es ist eine alte Regel, deren strikte Befolgung ich jedem rate, der in ein politisches Strafverfahren verwickelt wird [...] vor der Untersuchungsbehörde keinerlei Aussagen zu machen, außer man verfolgt einen ganz bestimmten Zweck.“⁸⁰

Havemanns Empfehlung zur Aussageverweigerung scheint auch aus den Texten von Jürgen Fuchs hervor, welcher mit seiner Familie bis zu seiner Verhaftung im November 1976 in Havemanns Gartenhaus in Grünheide Unterschlupf gefunden hatte. Seine 1977 erstmals im *Spiegel* und ein Jahr darauf in Buchform veröffentlichten *Vernehmungsprotokolle* ähneln dem Stil Havemanns in der nummerierten Darstellung der Vernehmer und der Ich-Perspektive des Erzählers. Im Gegensatz zum Chemiker Havemann geht der Psychologe Fuchs jedoch weit eindringlicher auf die subjektive Dimension des Hafterlebens, auf die Ängste, Sorgen und die zunehmende Apathie in der Zelle ein. Sorgfältig schildert er die Veränderungen, die er an sich selbst, seinen Wärtern und den Vernehmern registriert. Sowohl der Wechsel der Vernehmer als auch ihrer Taktiken – mal schroff, dann wieder freundlich – zeichnen ein eindruckliches Bild eines breiten Inventars an Vernehmungstaktiken, aber auch der Möglichkeiten, auf diese zu reagieren. Mit dem Finger schreibt Fuchs ständig auf den Tisch, wiederholt den Gesprächsverlauf im Geiste, wechselt in die Beobachterperspektive: „Ich notiere die Reden derer, die nicht gerne aufschreiben, was sie sagen, die aber gesagt haben, was ich auf den Tisch kritzle, um diese heimlichen Reden einzufangen, festzuhalten, auch, um sie zu beantworten und so zu bewältigen.“⁸¹ Kaffee und Zigaretten lehnt Fuchs ab, der freundliche Ver-

79 Robert Havemann: Fragen, Antworten, Fragen. Hamburg 1972, S. 7.

80 Havemann: Fragen, S. 8.

81 Fuchs: Vernehmungsprotokolle, S. 24.

nehmer ist ihm noch suspekter als der barsche. Der Regulation des Aussageverhaltens durch den Vernehmer setzt Fuchs eine Technik der Deregulation entgegen: Sofern er antwortet, protestiert er gegen seine Inhaftierung, oder weicht aus ins Prinzipielle. Wenn ihn die Anspannung übermannt, versucht er sie mit autogenem Training abzubauen.

Fuchs war nicht der erste Psychologe, der seine Hafterfahrung zu Papier gebracht hatte: 1953 war der Westberliner Psychologiestudent Hans-Eberhard Zahn in Ostberlin wegen des (falschen) Verdachts der Spionage festgenommen und zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Auch er hatte seine Erlebnisse kurz nach der Entlassung publiziert.⁸² Mit Beginn des Häftlingsfreikaufs durch die BRD ab den 1960er Jahren häuften sich die Berichte ehemaliger politischer Strafgefangener. 1977 wurde in der für die Untersuchungshaft zuständigen Hauptabteilung IX registriert, dass immer mehr Verhaftete „mit ihrer Festnahme rechneten und sich auf die Untersuchungen entsprechend vorbereiteten“.⁸³ Die zunehmend fundierte Kenntnis der Strafprozessordnung und der Haft- und Vernehmungsbedingungen unter den Häftlingen bildete eine Herausforderung für die Untersuchungsorgane, zu deren Bewältigung auch die Operative Psychologie etwas beisteuern sollte. In der letzten Dekade der DDR entwickelten sich die Operative Psychologie der Aussageregulation und die oppositionelle Psychologie des Haftwiderstands so zu zwei Hälften einer Rückkopplungsschleife, die sich in ihrer Widersprüchlichkeit wechselseitig regulierten: Regelmäßig wurden Hafterfahrungen vervielfältigt und von der nächsten Gruppe zur Vorbereitung genutzt. Schließlich spielte, wie eingangs geschildert, ein Therapeut gemeinsam mit den „Frauen für den Frieden“ durch, welche psychischen Drucksituationen ihnen bevorstehen könnten. Die Staatssicherheit registrierte die Vorbereitungsversuche und versuchte sie ihrerseits zu unterlaufen, indem sie die Überwachung in der Zelle intensivierte, „Zellinformatoren“ einsetzte oder politisch „zuverlässige“ Verwandte oder Freunde instrumentalisierte, um zusätzlichen Druck aufzubauen.⁸⁴ So brachte die widersprüchliche Moderne in der DDR beides hervor: eine zunehmende Widerständigkeit der oppositionellen Subjekte gegen ihre Übermächtigung und zugleich einen wissenschaftlich-technologischen Apparat, der diese Widerständigkeit zu brechen suchte.

Freilich blieben die Karten im Ringen zwischen Beschuldigtem und Vernehmer ungleich verteilt, und wer nicht auf Unterstützung von außen hoffen konnte, sah sich schnell einer aussichtslosen Situation gegenüber. Nur die wenigsten Häftlinge

⁸² Hans-Eberhard Zahn: Und die einen stehen im Dunkeln. In: Frederik Hetmann: Enteignete Jahre. Junge Leute berichten von drüben. München 1961, S. 90–120. Eine spätere Analyse findet sich in Zahn, Haftbedingungen und Geständnisproduktionen.

⁸³ Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit, S. 289.

⁸⁴ Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit, S. 287–291.

vermochten eine konsequente Aussageverweigerung durchzuhalten: In ihrem letzten Jahresbericht verzeichnete die Hauptabteilung IX eine Geständnisquote von über 95 bis 97 Prozent.⁸⁵ Dennoch vermochte auch das Projekt einer Modernisierung des Geheimdienstapparates auf der Grundlage von Wissenschaft und Technologie am Ende den Zerfall des Staates nicht aufzuhalten; vermutlich hat er diesen sogar durch den immensen Ressourcenaufwand noch zusätzlich beschleunigt. Die aus Sicht des MfS besorgniserregende Zunahme der „politischen Untergrundtätigkeit“, die aus modernisierungstheoretischer Sicht als Diversifizierung der Zivilgesellschaft interpretiert werden kann, kulminierte Ende der 1980er Jahre in einer mit wachsendem Selbstbewusstsein auftretenden Oppositionsbewegung. Um sich vor der Übermächtigung durch die „modernen“ psychologischen Repressionsmittel der Geheimpolizei zu schützen, hatten die „Frauen für den Frieden“ nach Möglichkeiten der Verteidigung gesucht – und in der Psychologie der Aussageverweigerung gefunden. Wenn das „Wesen der Moderne“, wie der Soziologe Georg Simmel betont, der „Psychologismus“ ist, also „das Erleben und Deuten der Welt gemäß den Reaktionen unsres Inneren und eigentlich als einer Innenwelt“⁸⁶, dann war die DDR am Ende vielleicht dort am modernsten geworden, wo das Politbüro sie nie modern haben wollte: weder in der Produktion oder an der Universität, nicht an der Juristischen Hochschule in Potsdam oder in Hohenschönhausen, sondern in einer verrauchten Altbauwohnung im Prenzlauer Berg.

⁸⁵ Huemer: „Ehrlich sitzt am Längsten“, S. 313. Auch wenn diese Zahl aufgrund ihrer binnenlegitimierenden Funktion sicherlich mit Vorsicht zu interpretieren ist, fällt auf, dass die Geständnisquoten in der MfS-Statistik über die Jahre hinweg eine steigende Tendenz aufweisen. Siehe dazu Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit, S. 235.

⁸⁶ Georg Simmel: Die Kunst Rodins und das Bewegungsmotiv in der Plastik. In: Nord und Süd. Eine deutsche Monatsschrift 33 (1909), H. 386, S. 189–196, hier S. 194.